

(16.06.2016 – 30.06.2016)

Grüner Pressespiegel

Kreisverband

30.06.2016 - Kasseler Grüne verurteilen Sachbeschädigung bei SPD und CDU

„Die Kasseler Grünen verurteilen die kriminellen Anschläge auf die Büros von CDU und SPD. Wer demokratische Parteien mit nächtlicher Sachbeschädigung von den eigenen Positionen überzeugen will, hat mit Demokratie nichts am Hut.“ Erklären Vanessa Gronemann und Boris Mijatovic, Vorsitzende der Kasseler Grünen. „Dem politischen Anliegen der Kurden wurde heute Nacht ein Bärendienst erwiesen. Weder sind die gewählten Mittel der Zerstörung geeignet noch Personen zum Dialog erkennbar: so wird ein politisches Anliegen zur Selbstdarstellung missbraucht. Das ist feige, das ist kriminell und das ist nicht zu entschuldigen.“

Rathausfraktion

28.08.2016 - Mutige Stadtentwicklung würdigt Weltkulturerbe-Status

„Die Planungen zur Verschönerung der Wilhelmshöher Allee in ihrer Funktion als Sichtachse und Verbindung von der Stadt zum Bergpark sind ein guter Schritt, um unser Weltkulturerbe weiter zu würdigen und herauszuheben“, freut sich Gernot Rönz über die geplante Begrünung der Wilhelmshöher Allee aus Fördermitteln des Bundes. „Dass die Kasseler Bevölkerung ihre Rolle als Weltkulturerbe-Stadt angenommen hat, zeigt das einstimmige Votum der angrenzenden Ortsbeiräte Bad Wilhelmshöhe, Wehlheiden, Vorderer Westen und Mitte und auch des Vereins Bürger für das Welterbe“, so der kulturpolitische Sprecher der grünen Rathausfraktion weiter. Außerdem habe sich auch der Welterbebeirat für die Neupflanzung von 225 Linden und die Begrünung des Rasengleises ausgesprochen.

Es spreche für den Mut und auch das Selbstbewusstsein der Anwohner*innen, dass sie für die Pflanzung der Bäume, die den Alleen-Charakter verstärken sollen, auf einige Parkplätze verzichten würden. „Sollte sich die Stadtgesellschaft dazu entscheiden, sich als Kulturhauptstadt Europas zu bewerben, dann braucht es genau diesen Mut, um zukunftsweisende Stadtentwicklung zu betreiben“, so Rönz abschließend.

Nicole Maisch, MdB

24.06.2016 - Abstimmung im Bundestag: Union und SPD stimmen für Fracking im Sandgestein

Zur namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Änderung wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften hinsichtlich der Fracking-Technologie am heutigen Freitag erklärt Nicole Maisch, Grüne Bundestagsabgeordnete aus Nordhessen:

„Die Große Koalition hat es versäumt, ein echtes umfassendes Fracking-Verbot auf den Weg zu bringen. Bisher war Fracking gesetzlich nicht geregelt und das musste endlich auf Bundesebene passieren. Doch statt dieser Risiko-Technologie einen Riegel vorzuschieben, wird nach dem Willen der Großen Koalition Fracking in Sandgestein zur Erdgas- und Erdölgewinnung weiterhin erlaubt sein. Und das ist nicht weniger gefährlich als das so genannte „unkonventionelle“ Fracking in Schiefergas. Letzteres wird nun zwar untersagt, Probebohrungen sind aber trotzdem erlaubt.“

Damit wurde heute mithilfe der Koalition aus Union und SPD ein Fracking-Erlaubnisgesetz verabschiedet. Über 80 Prozent der Menschen in Deutschland lehnen Fracking ab. Und das aus gutem Grund: Die Umweltrisiken sind sehr hoch und reichen von Trinkwasservergiftung über Erdbebengefahr bis hin zu einer schlechten Klimabilanz. Fracking ist eine nicht verantwortbare Risikotechnologie.

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat deshalb im Gesetzgebungsverfahren einen eigenen Vorschlag in den Bundestag eingebracht, der Fracking komplett verbietet. Statt auf diese Risikotechnologie zu setzen, brauchen wir Investitionen in Erneuerbare Energie und Energieeffizienz.“

--

Das Ergebnis der namentliche Abstimmung finden Sie als interaktive Grafik unter <http://www.bundestag.de/bundestag/plenum/abstimmung/grafik> oder in im Bild im Anhang.

Karin Müller, MdL

24.06.2016 - Flughafen Kassel-Calden – Über Zukunft des Flughafens wird 2017 entschieden

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verweist auf die im Koalitionsvertrag vereinbarte ergebnisoffene Evaluation des Betriebskonzeptes des Flughafens Kassel-Caldens in 2017. „Leider können wir das Steuergeld, das im Flughafen steckt, nicht zurückholen. Weder der Bau des Flughafens noch die dabei begangenen Fehler können rückgängig gemacht werden. Es muss nun vor allem um Schadensbegrenzung gehen“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der GRÜNEN im

Landtag. „Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung haben wir vereinbart, dass die Zuschüsse aus dem Landeshaushalt zum Betrieb des Flughafens kontinuierlich sinken müssen und das Betriebskonzept des Flughafens 2017 insgesamt überprüft wird. Als Konsequenz kommen ausdrücklich alle Optionen in Frage, auch die Rückstufung zum Verkehrslandeplatz.“ Der Rechnungshof hat Vergabeverstöße festgestellt. „Diese müssen aufgeklärt und geahndet werden. Dass bei der Vergabe von Aufträgen teilweise nicht nach den üblichen Verfahren vorgegangen wurde, zeigt, dass beim damaligen FDP-geführten Wirtschaftsministerium der verantwortungsvolle Umgang mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger offenbar eine untergeordnete Rolle gespielt hat“, stellt Müller fest. „Für uns GRÜNE ist klar, dass offene Ausschreibungen die größtmögliche Transparenz bei Vergabeverfahren garantiert. Leider wurde sie beim Bau des Flughafens in Calden erst in der Schlussphase angewendet.“

„Wir GRÜNE haben immer davor gewarnt, dass der Neubau des Verkehrsflughafens ein unnötiges Prestigeprojekt ist, das zu viel Geld kostet. Leider konnten wir uns mit diesen Warnungen nicht durchsetzen, der Neubau wurde beschlossen“, betont Müller „Als Teil der Regierungskoalition haben wir dann den Kurswechsel durchgesetzt: Die Zuschüsse aus dem Landeshaushalt zum Betrieb des Flughafens müssen kontinuierlich sinken. 2017 wird überprüft, ob Calden als Verkehrsflughafen eine Zukunft hat.“

Rathausfraktion

23.06.2016 - Luftreinhaltung geht nur gemeinsam

Wir Grünen stehen wie keine andere Fraktion für Umweltschutz in Kassel“, stellt Christine Hesse, umweltpolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion, im Zusammenhang mit der neuerlichen Debatte zu Luftreinhaltung fest. „Schon 2008 hatten die Grünen einen Antrag eingebracht, eine Umweltzone für das Stadtgebiet Kassel auszuweisen - auch ohne die Zustimmung der Umlandgemeinden im Kasseler Becken. Für diesen Antrag fand sich keine politische Mehrheit.“

„Um die Luftbelastungen in Kassel zu reduzieren, haben wir außerdem mit unserem grünen Umwelt- und Verkehrsdezernenten Christof Nolda ein ganzes Maßnahmenbündel auf den Weg gebracht“, so Christine Hesse. Der Beschluss des Verkehrsentwicklungsplans, die Förderung des Radverkehrs beispielsweise mit dem Fahrradvermietsystem Konrad, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs z.B. mit der Tramlinie nach Vellmar haben nach Einschätzung der grünen Umweltpolitikerin dazu beigetragen, dass die Weichen für eine bessere Luftqualität in Kassel in die richtige Richtung gestellt wurden.

Aus grüner Sicht sei es dringend notwendig, dass die Autoindustrie die geforderten Abgasgrenzwerte sicher einhält und die notwendigen Umrüstungen zügig umsetze. Ohne bessere technische Standards und eine Reduzierung des Autoverkehrs in der Stadt werde die Verbesserung der Luftqualität in Kassel unrealistisch bleiben. „Luftreinhaltung geht nur gemeinsam – das gilt insbesondere auch für die im Rathaus vertretenen Fraktionen“, so Hesse abschließend.

Karin Müller, MdL

21.06.2016 - Opferschutz: Gesetz zur Prozessbegleitung bringt Schutz der Opfer voran

Der Schutz von Verbrechensopfern kommt aus Sicht der GRÜNEN im Landtag mit dem vorliegenden Gesetzentwurf über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren einen großen Schritt voran. „Im Prozess stehen meist die Täter im Mittelpunkt, doch die Opfer brauchen Hilfe und Unterstützung zur Bewältigung von traumatischen Erlebnissen, die mitunter jahrelang das tägliche Leben bestimmen“, erklärt Karin Müller, rechtspolitische Sprecherin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur ersten Lesung des Gesetzes. „Deshalb haben wir in unserem Koalitionsvertrag mit der CDU festgehalten, dass wir einen Schwerpunkt beim Opferschutz setzen und die Zusammenarbeit mit den Verbänden stärken werden. Genau das tun wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf.“

Karin Müller würdigte die hochprofessionelle Arbeit von Opferberatungsstellen wie der seit 1984 bestehenden Hanauer Hilfe. „Dass ein neues Gesetz auf Bundesebene den Ländern aufgibt, die psychosoziale Prozessbegleitung im Detail zu regeln, ist ein Ergebnis eines Paradigmenwechsels, den wir GRÜNE schon seit langem gefordert haben: Die Opfer von Straftaten sollen nicht lediglich als Zeuginnen und Zeugen im Strafprozess gesehen werden, mehr oder weniger auf sich gestellt im Dickicht eines oft schwer zu durchschauenden Verfahrens, sondern sie brauchen Unterstützung. Das war auch immer eine Forderung der Opferverbände.“

Das neue Landesgesetz soll Bereiche wie die Qualifikation, Fortbildung und Anerkennung von psychosozialen Prozessbegleiterinnen und -begleitern regeln. „Die Aufgaben einer Prozessbegleitung sind äußerst anspruchsvoll: Sie sollen die Opfer möglichst schonend durch die Verhandlungen begleiten, dürfen aber dadurch den Prozessverlauf nicht beeinflussen. Zudem steht dem psychosozialen Prozessbegleiter, anders als dem Rechtsbeistand, kein Zeugnisverweigerungsrecht zu. Für diese anspruchsvolle Aufgabe findet der Entwurf aus unserer Sicht angemessene Regelungen; weitere Anregungen erwarten wir uns aus der Anhörung.“

Karin Müller, MdL

21.06.2016 - Digitale Agenda – Das Strafrecht muss für den Tatort Internet fit gemacht werden

Aus Sicht der GRÜNEN im Landtag muss sich das Strafrecht schnell den Gegebenheiten der digitalen Welt anpassen. „Die Cyberkriminalität wächst rasend schnell, und das Internet ist schon jetzt zum größten Tatort der Welt geworden“, erklärt Karin Müller, rechtspolitische Sprecherin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aus Anlass der Regierungserklärung von Justizministerin Eva Kühne-Hörmann. „Dabei nutzen die Kriminellen auch die Computer von Unbeteiligten. In vielen Fällen können Ermittler aber gar nicht gegen klar erkennbare unredliche Absichten vorgehen, weil die entsprechenden Tatbestände fehlen. Diesen Zustand muss der Gesetzgeber angehen.“

„Wer in einen privaten Computer eindringt, hat selten gute Absichten. Er will Kreditkartendaten oder Passwörter ausspionieren, um damit Geld zu verdienen, oder den Rechner als Teil eines Botnetzes einsetzen, das beispielsweise Spam oder Viren versendet. Wer in den Rechner eindringt, kann sogar dessen Kamera steuern und damit die Wohnung ausspähen, in der er steht. Der Einbruch in einen Computer ist gut mit dem Tatbestand des Hausfriedensbruchs oder dem unbefugten Benutzen eines Fahrzeuges vergleichbar“, erläutert Müller. „Wie ein Haus voller persönlicher Dinge ist, so ist ein Computer voller privater Daten. Es muss sichergestellt werden, dass der Besitzer oder die Besitzerin des Gerätes allein darüber entscheidet, wer sein oder ihr Gerät benutzen darf. Unbefugter Gebrauch ist unter Strafe zu stellen.“

„Das Strafrecht ist immer das letzte Mittel nach Prävention, Aufklärung, Eigeninitiative und Forschung an Gegenmaßnahmen. Aber dieses letzte Mittel muss bereit sein für eine angepasste Anwendung. Die Landesregierung stellt sich dieser Aufgabe mit einem Auftrag der Justizministerkonferenz im Rücken und hat eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht. Das ist sehr zu begrüßen, denn die Zeit für eine digitale Agenda für das Recht drängt. Zwischen der Einführung der Kreditkarten in Deutschland und einer Regelung für die Strafbarkeit von Kreditkartenmissbrauch lagen 28 Jahre – so lange dürfen wir nicht wieder brauchen, um Rechtslücken zu schließen.“

Karin Müller, MdL

17.06.2016 - Regionalisierungsmittel: Länder einig über Verteilung – eine gute Nachricht für den Bahnverkehr

Die GRÜNEN im Landtag begrüßen die Einigung über die Verteilung der Regionalisierungsmittel beim gestrigen Bund-Länder-Treffen in Berlin. „Was lange

währt, wird endlich gut. Wir begrüßen den lange erwarteten Kompromiss, der unseren hessischen Verkehrsverbänden die nötige langfristige Planungssicherheit gibt“, erklärt Karin Müller, die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag. „Der ausdauernde Einsatz des GRÜNEN hessischen Verkehrsministers Tarek Al-Wazir hat sich gelohnt.“

„Die Pendlerströme insbesondere im Ballungsraum Rhein-Main wachsen weiter, allein der RMV befördert werktäglich rund 2,5 Millionen Menschen. Nur mit einem attraktiven ÖPNV lässt sich die Weiche auf Verkehrswende stellen“, so Karin Müller. „Die jetzt erzielte Einigung deckt zwar immer noch nicht ganz den gutachterlich festgestellten Bedarf in Höhe von 8,5 Milliarden Euro, sie ist aber ein guter Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Interessen der Bundesländer im Osten und im Westen der Republik. Damit die Freude anhält, dürfen nun die Trassen- und Stationspreise, die die Verkehrsverbände an die Bahn zu zahlen haben, nicht unverhältnismäßig steigen. Die Gespräche darüber stehen noch aus.“

Hintergrund: Die Verantwortung für den regionalen Schienenpersonennahverkehr ging 1996 im Rahmen der Bahnreform vom Bund auf die Länder über, der ihnen dafür einen Anteil aus dem Steueraufkommen zahlt, eben die so genannten Regionalisierungsmittel.

Nicole Maisch, MdB

17.06.2016 - Start des Basiskontos: Asylsuchende werden immer noch hingehalten

Zum Inkrafttreten des Zahlungskontengesetzes am 18. Juni erklären Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik, und Luise Amtsberg, Sprecherin für Flüchtlingspolitik:

Das Basiskonto ist ein Meilenstein für die gleichberechtigte Teilhabe am Wirtschaftsleben. Laut Gesetz ist es nun nicht mehr möglich, dass Banken Verbraucherinnen und Verbrauchern ein Girokonto verweigern, weil sie beispielsweise obdachlos oder verschuldet sind. Diese Regelung war längst überfällig. Wir Grünen haben seit vielen Jahren ein Konto für alle gefordert.

Es ist völlig inakzeptabel, dass die Bundesregierung Asylsuchende und Geduldete von diesem Recht noch ausnimmt. Denn nach wie vor können Asylsuchende und Geduldete, beispielsweise mit Ankunftsbescheinigung oder Duldungsnachweis, kein Konto eröffnen. Die Rechtsverordnung, welche die zugelassenen Identitätsnachweise für eine Kontoeröffnung regelt, steht bis heute aus. Finanzinstitute können Asylsuchende und Geduldete deshalb weiterhin ablehnen. So kann eine schnelle und bestmögliche Integration von Flüchtlingen nicht gelingen.

